

Stadt Fürth  
Oberbürgermeister  
Dr. Thomas Jung

per Mail

Fürth, den 23.07.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CSU-Stadtratsfraktion stellt folgende **Anträge** zur nächsten Sitzung des Stadtrates:

1. Die Beschlussfassung über den Bebauungsplan 278 d Dambach West wird auf die Sitzung des Stadtrates im September 2021 vertagt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, weitergehende Maßnahmen zum Oberflächenwasser-Management, insbesondere unter Berücksichtigung von Starkregen-Ereignissen, zu prüfen. Dabei ist mindestens von einem Starkregen-Ereignis im Durchschnitt der letzten 10 Jahre auszugehen.

### **Begründung:**

Die letzten Wochen haben gezeigt, dass lokal begrenzte Starkregen - Ereignisse nicht nur in ihrer Häufigkeit, sondern auch in der Intensität zunehmen. Dabei sind diese Ereignisse teilweise lokal eng umgrenzt (einzelne Orte oder Stadtteile), teilweise können auch größere Gebiete betroffen sein.

Der Umgang mit diesen Ereignissen, insbesondere die erforderliche Ableitung der auftretenden Wassermassen, wird umso schwieriger, je mehr Flächen insbesondere in Neubaugebieten versiegelt werden. Die vorliegenden Gutachten und Stellungnahmen

für den Bebauungsplan 278 d Dambach West zeigen, dass bereits bei dem planungsrechtlich vorgegebenen 3-jährigen Starkregen-Ereignis erhebliche Risiken bestehen. Nach unserer Auffassung betreffen diese Risiken nicht nur das Neubaugebiet des Bebauungsplanes, sondern gefährden auch die angrenzende bestehende Bebauung.

Wir halten es daher für ein Gebot der Vorsorge gegenüber der Bevölkerung, dass über die bestehenden gesetzlichen Regelungen hinaus geprüft wird, welche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und gegebenenfalls auch der Bebauung getroffen werden können. Aus unserer Sicht sollte hierzu als Grundlage ein Ereignis mit einer Häufigkeit von mindestens 10 Jahren dienen.

Durch die Verwaltung ist zu prüfen, wie ein solches Ereignis gemanagt werden kann, z.B. durch die planerische Vorgabe von Regenwasserzisternen zur Aufnahme des auf die versiegelten Flächen auftreffenden Niederschlages oder Ausweisung entsprechender Versickerungsflächen.

Nachdem die Verwaltung hierfür Zeit benötigen wird, und im Hinblick auf die bisherige Planungsdauer, halten wir eine Verlegung der Befassung des Stadtrates mit dem Satzungsbeschluss zumindest auf die Stadtratssitzung im Monat September 2021, gegebenenfalls auch später, für erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen



Maximilian Ammon  
Fraktionsvorsitzende

gez.  
Dr. Michael Au  
Stadtrat